

Deutschland ist in einer Übergangszeit und sucht politische Lösungen für viele Zukunftsfragen. Dies beschäftigt die Menschen. Einerseits geht es uns allen so gut wie noch keiner Generation vor uns, andererseits beobachte ich eine latente Unzufriedenheit, die sich dann auch auf Wahlergebnisse niederschlägt. Die einfache Gleichung lautet: wenn Entscheidungen nicht genauso gefasst werden, wie ich es für richtig halte, dann bin ich unzufrieden mit der Politik. Es stellt sich deshalb die Frage nach dem Demokratieverständnis, denn es ist nicht entscheidend, ob ich von Entscheidungen einen persönlichen Vorteil habe, sondern was unser Land bzw. unsere Stadt weiterbringt.

Es stellt sich weiter die Frage, wie wir bei dieser Stimmungslage die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen: Klimawandel, Energiewende, Mobilität, Erhalt der öffentlichen Infrastruktur, Wohnungsbau, Bildung und Betreuung oder soziale Gerechtigkeit.

In der Grundsatzfrage gibt es in Deutschland eine breite Zustimmung. Wird es konkret, sind Viele nicht mehr bereit, persönliche Einschränkungen zu akzeptieren. Viele Projekte dauern Jahrzehnte und kosten am Ende deutlich mehr, weil ein einzelner Grundstückseigentümer oder ein Verband mit ihren Klagen die Umsetzung stoppen.



Jeder ist für Windenergie, aber nicht in seinem Umfeld. Jeder befürwortet Wohnungsbau, aber nicht in seiner Nachbarschaft. Jeder möchte, dass sich Mobilität verändert, jedoch nicht auf Kosten der eigenen Bequemlichkeit. Und am Ende ist man sich wieder einig: die Politik hat die Themen verschlafen, dann ist man unzufrieden und wählt Populisten und Extremisten.

Politik soll alle mitnehmen. Langsam stelle ich mir die Frage: Wie?

Über Klimaschutz und den Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung kann im Mittleren Neckarraum mit faktischer Vollbeschäftigung anders diskutiert werden wie in unserer befreundeten Stadt Luckau bzw. in Brandenburg, wo Menschen um ihre Existenz fürchten. Wenn Politik alle mitnehmen soll, dann brauchen wir kein lautes Wettbieten über Ziele, sondern realisierbare Konzepte, die auch umgesetzt werden. Wenn wir für 4 Kilometer S-Bahn von Bernhausen bis Neuhausen fast 20 Jahre brauchen und sich in dieser Zeit die Kosten verdoppeln, läuft etwas falsch.

Wir brauchen wieder einen politischen Konsens, dass wir die notwendigen Veränderungen unserer Zeit anpacken und nicht in einer älter werdenden Gesellschaft abwarten, ob sich Probleme möglichst ohne Störung des eigenen Wohlbefindens von selbst lösen.

Wir müssen uns bewusst machen: der Wohlstand und den hohen Grad an individuellen Freiheiten in unserer Gesellschaft haben unsere Eltern und Großeltern erarbeitet. Es ist unsere Aufgabe, unseren Kindern und unseren Enkeln unsere Stadt so zu übergeben, dass auch sie ein gutes Leben darauf aufbauen können. Hierzu bedarf es Mut und Weitsicht.

Die Rahmenbedingungen für Investitionen sind gut. Die Konditionen für Kreditfinanzierungen sind günstig und dürften langfristig unter der Inflationsrate liegen. Mittlerweile diskutiert auch die Politik über die Frage, ob die Nullverschuldung tatsächlich das richtige Instrument ist, um die Probleme in unserem Land zu lösen. Gleichzeitig eröffnet die konjunkturelle Schwäche die Chance, dass sich die drastischen Baukostensteigerungen in den letzten Jahren nicht fortsetzen. Dieser Weg ist nicht ohne Risiko, da die Gefahr einer deutlich höheren Verschuldung droht. Nichtstun ist jedoch auch keine Lösung, denn nicht sanierte Gebäude sind letztendlich Schulden in Beton und verschlechtern zudem die Bildungschancen unserer Kinder, auf die wir auch in Zukunft angewiesen sind, um unseren Wohlstand zu erhalten.

Für Plochingen bedeutet dies, dass wir – Gemeinderat und Stadtverwaltung – die Verantwortung haben, unsere Stadt für die Zukunft auszurichten und Schritt für Schritt die bestehenden Defizite abzubauen. Ich möchte dies an den eingangs benannten Themen aufzeigen:



Seit vielen Jahren beschäftigen wir uns mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und damit mit der Energiewende und dem Klimawandel. Das Plochinger Energiemanagement wurde im Mai 2019 von Umweltminister Untersteller ausgezeichnet. Der Energiebericht 2018 zeigt wiederum auf, dass mit dem Energieeinsparcontracting und zahlreichen energetischen Investitionsprojekten nicht nur die Schadstoffemissionen reduziert, sondern auch die finanziellen Aufwendungen für Wärme, Strom und Wasser gesenkt werden können. Weitere Impulse können aus dem integrierten Klimaschutzkonzept des Landkreises Esslingen erwartet werden, an dem sich die Stadt Plochingen beteiligt hat.

Mit dem Mobilitäts- und Verkehrsgutachten „MOVE“ möchten wir zur Verkehrswende beitragen. Hierzu gehören Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, wie die Einführung des verbilligten Stadttickets oder die geplante Ertüchtigung des zentralen Omnibusbahnhofes genauso, wie das Angebot von 6 öffentlichen E-Ladesäulen, der Einführung eines Carsharing-Angebots am Bahnhof oder das Aufstellen von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen in der Innenstadt. Da auch in Zukunft der Individualverkehr – unabhängig von der Antriebstechnik – einen erheblichen Anteil an Modal Split haben wird, ist der Weg zur Sanierung bestehender Brücken, Straßen und Wege unverzichtbar. Zu unserer persönlichen Freiheit gehört die individuelle Wahl unserer Verkehrsmittel, weshalb Veränderungen bei uns selbst beginnen.



Mit MOVE sollen die Auswirkungen von Veränderungen auf unser Mobilitätsverhalten prognostiziert werden und in die Sanierungsplanungen einfließen. Dabei muss das Miteinander von Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern verbessert werden, u.a. auch durch einen besseren Schutz der Passanten in der Fußgängerzone.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt ist weiterhin hoch. Die Aufsiedlung des Neubaugebietes „Stumpenhof-Süd/Talweg“ und einige innerstädtische Bauprojekte haben das Angebot verbessert. Dies wird jedoch nicht ausreichen, weshalb weiterer Wohnraum entwickelt werden muss, z.B. im Bereich „Hochbehälter Moltkestraße“ oder auf dem „Hirschgrillareal“. Perspektivisch darf eine Entwicklung im Bereich „Schafhausäcker“ nicht aus den Augen verloren werden.

Dabei ist insgesamt eine gute Mischung erforderlich, mit einfachen und höherwertigen Angeboten bei den Eigentumswohnungen einerseits und mit bezahlbarem Wohnraum im Mietwohnungsbau andererseits. Der aktuell zu beobachtende Verdrängungswettkampf geht zu Lasten der Schwachen und kann nur durch zusätzlichen Wohnraum beseitigt werden, nicht durch gesetzliche Reglementierungen, wie die Mietpreisbremse.

Da in den letzten Jahren quasi Vollbeschäftigung herrschte, war es ein dringendes Anliegen der Wirtschaft, dass gut ausgebildete Mütter und Väter schon bald wieder als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.



Familienpolitisch wird die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenfalls unterstützt. Deshalb steigen die Kinderzahlen wieder. Die steigende Nachfrage hat Druck auf die Schaffung zusätzlicher Betreuungsmöglichkeiten ausgeübt. Mit der Inbetriebnahme des Kinderhauses „Am Johanniterpark“ gibt es in Plochingen 10 Kinderbetreuungseinrichtungen mit 659 Betreuungsplätzen in 33 Gruppen; der Anteil der Ganztagesbetreuung beträgt 54,6%. Mittlerweile arbeiten 103 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Kinderbetreuung. Problematisch ist das stetig steigende Defizit in diesem Aufgabenbereich, das im Jahre 2020 auf ca. 6,5 Mio. € geschätzt wird.

In den letzten Jahren hat Plochingen mit zahlreichen Sanierungsprojekten die Rahmenbedingungen für den Bildungserfolg unserer Kinder deutlich verbessert. In die Panorama-, Marquardt-, Burg- und Realschule werden von 2009 bis Mitte 2020 ca. 13 Mio. investiert. In nächster Zeit stehen weitere Investitionen in eine moderne Medientechnik an.

Als große gesellschaftspolitische Aufgabe sehe ich weiterhin, das soziale Miteinander zu gestalten, Kultur, Musik, Sport, Angebote für jüngere und ältere Menschen, Leistungen für Ältere, Integration Geflüchteter oder Partizipation behinderter Menschen sind wichtig. Trotz der Kürzungen bei den Geldleistungen an Vereine und Organisationen im Rahmen des vereinbarten Sparpakets investieren wir auch im kommenden Doppelhaushalt in gute Rahmenbedingungen, z.B. bei der weiteren Sanierung der Stadthalle oder mit dem Einstieg der Sanierung der Schafhausackerhalle.



Diese kurze Bewertung zeigt, dass in den kommenden Jahren noch große kommunalpolitische Herausforderungen bewältigt werden müssen. Der Blick in den Haushalt zeigt jedoch auch, dass zahlreiche Ansätze für Verbesserungen verankert sind, um so die Zukunftsthemen anzugehen.

Die laufenden Diskussionen über die letzten Jahresabschlüsse in Plochingen, die Erwartungen an die Steuereinnahmen der Zukunft und die aktuellen Einnahmeerwartungen in Plochingen vermitteln in der Öffentlichkeit ein falsches Bild.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir uns in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht bei den Einnahmen aus Steuern und Umlagen an den Zahlen der Vorjahre orientiert haben. Dies ist insbesondere hinsichtlich der schwächelnden konjunkturellen Entwicklung bei der Gewerbesteuer und den Einkommensteueranteilen mit einem Risiko behaftet, das im Haushaltsvollzug genau verfolgt werden muss.

Die meisten Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem. Beispielhaft möchte ich dies an folgenden Punkten verdeutlichen:

- Die Anforderungen an die Verkehrssicherung in kommunalen Gebäuden und auf den Verkehrsflächen steigen laufend, z.B. an die Arbeitssicherheit oder an Bäumen entlang von Straßen.



- Der finanzielle Aufwand für die Kinderbetreuung steigt weiter und wird im Jahr 2020 ein Defizit von über 6,5 Mio. € verursachen.
- Mit jedem sanierten Gebäude steigt der Wartungsaufwand, z.B. durch Aufzüge für die Barrierefreiheit, bei Brandschutzeinrichtungen, der Wartung von Heizungen, Elektrogeräten und Sicherheitseinrichtungen.
- Der allgemeine bürokratische Aufwand steigt, z.B. bei den Dokumentationspflichten, bei den Anforderungen an die Datensicherheit oder bei § 2b Umsatzsteuerthematik.
- Die Sanierungsprojekte der letzten Jahre schlagen sich durch steigende Abschreibungen im Haushalt nieder, die wiederum durch Einnahmen erwirtschaftet werden sollen. Ob dies in den Jahren 2020 und 2021 wieder gelingt, wird die weitere Entwicklung zeigen.

In der Haushaltsstrukturkommission wurde die schwierige Haushaltslage mehrfach intensiv erörtert. Durch die Beschlüsse des Gemeinderates über die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Parkgebühren wird die Einnahmenseite um ca. 540.000 € gestärkt. Durch das von der Verwaltung vorgeschlagene Sparpaket und der Zusage, eine globale Minderausgabe zu erwirtschaften, erwarten wir Ausgabenreduzierungen von 667.000 € in 2020 und 1.057.000 € in 2021. Dies ist meiner Ansicht nach ein kommunalpolitisch ausgewogenes Vorgehen. Zudem werden wir den Doppelhaushalt weiterhin auf Sicht fahren.





Das beherrschende Thema der kommenden Jahre wird die Generalsanierung des Gymnasiums sein. Die Stadtverwaltung hat in der Einwohnerversammlung am 27. November 2019 und in zahlreichen Sitzungen Gemeinderat und Öffentlichkeit ausführlich hierüber informiert. Aktuell arbeiten Architekten und Fachingenieure intensiv an der Entwurfsplanung, die dem Gemeinderat in seiner Klausurtagung am 14. Dezember 2019 vorgestellt werden soll.

Ich bin zuversichtlich, dass wir die Kostenschätzung der Vorentwurfsplanung vom September 2019 um rund 10 Mio. € unterschreiten können. Dies führt konsequenterweise zu Qualitätseinbußen, zu geringeren Sanierungsstandards und zum Verzicht auf durchaus sinnvolle Investitionen. Im Sinne der Finanzierbarkeit der Gesamtmaßnahme sind umfassende Ausgabenreduzierungen jedoch unvermeidlich. Ich hoffe, dass dies ein überzeugendes Argument im Gemeinderat für einen Baubeschluss ist.

Es geht um das Wohl und den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler. Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen: es gibt keinen Königsweg. Alle Optionen sind mit technischen, finanziellen und schulorganisatorischen Risiken behaftet. Am Ende des Tages müssen wir nach meiner Überzeugung das vertretbarste Risiko tragen und uns für eine zeitnahe Realisierung der Bauabschnitte 1 bis 3, für den städtebaulichen Wettbewerb für das Gesamtareal und die Option, die Sanierung nach der Bauphase 3 zu verlangsamen bzw. neue Wege zu gehen, entscheiden.



Hierfür sind zusätzliche Fördermittel aus der Schulbauförderung erforderlich. Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hat in einem Gespräch mit mir zugesagt, dass die Kultusverwaltung bei der Förderung der Generalsanierung in Plochingen bis an die Grenze des Vertretbaren gehen wird. An dieser Zusage müssen wir das Land messen und ich vertraue auf das Wort der Kultusministerin.

Belastbare Zusagen gibt es jedoch nicht. Hier sind wir weiter in intensiven Gesprächen mit der Kultusverwaltung.

Parallel hierzu läuft das Verfahren über eine freiwillige Beteiligung der Nachbarkommunen nach § 31 Schulgesetz. In der Sache halte ich diese Beteiligung für gerechtfertigt und die Mitfinanzierung bei der Erweiterung vor 40 Jahren weist ebenfalls in diese Richtung. Gleichzeitig ist mir klar, welche gravierenden finanziellen Auswirkungen die von uns aufgerufenen Beträge auch auf die jeweiligen Haushalte mit den Nachbarkommunen haben. Deshalb stehen bei allen beteiligten Kommunen auch äußerst schwierige Beratungen an.

Seit langem werbe ich schon für eine einvernehmliche Lösung und hoffe, dass die Gemeinderäte der Nachbarkommunen ihre Verwaltungen zu entsprechenden Verhandlungen ermächtigen.



Ein Großprojekt ist die Sanierung von verlängerter Hafenbrücke und Otto-Konz-Brücke. Als Träger der Straßenbaulast sind wir für den Erhalt und den Betrieb dieser aus verkehrlicher Sicht unverzichtbaren Brücken verantwortlich. Die Grundlagenplanungen sind erarbeitet und im Gemeinderat vorgestellt. Der Planungsprozess in Abstimmung zwischen dem Ingenieurbüro MSIng GmbH, Stuttgart, und der Stadtverwaltung läuft mit dem Ziel, mit der Baumaßnahme im 2. Halbjahr 2020 zu starten. Im Doppelhaushalt 2020/2021 und aus den Vorjahren sind für dieses Sanierungsprojekt insgesamt Mittel von rund 5 Mio. € vorgesehen, denen ein Zuschuss aus dem Kommunalen Sanierungsfonds in Höhe von 1,8 Mio. € entgegensteht.

Auch die weitere Sanierung von Straßen und Wege steht auf der Agenda. Im Jahr 2020 sind die Sanierung und der Umbau des Kreuzungsbereichs Wilhelm-/Eisenbahnstraße und die Sanierung der Häfnergasse ab der Urbanstraße eingeplant. Weitere Maßnahmen werden im Rahmen der Leitungsträgergespräche mit den weiteren Versorgungsunternehmen abgestimmt. Hierzu werden wir dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten.

Die Stadtverwaltung bereitet aktuell eine Wohnbaukonzeption vor, die im kommenden Frühjahr dem Gemeinderat vorgestellt werden soll. Neben der Begleitung von Wohnbauprojekten von Investoren möchte die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren auch eigene Akzente setzen.



So sind für den 2. Bauabschnitt des Neubaugebietes „Stumpenhof Süd/Talweg“ insgesamt 300.000 € für Erschließungsmaßnahmen eingeplant, denen 285.000 € Erschließungsbeiträge entgegenstehen.

Offen ist die Entwicklung des Areals „Bühl Süd“ und „Bühl Nord“ nach der Absage der Diakonie Stetten. Ich schlage vor, das weitere Vorgehen im Rahmen der Wohnbaukonzeption zu beraten. Aus Sicht der Verwaltung können die entsprechenden Ansätze gestrichen werden.

Die Machbarkeitsstudie für die Aufwertung des Filsgebietes wurde den Anliegern und der Öffentlichkeit bei einer Informationsveranstaltung am 21. November 2019 vorgestellt.

Als nächster Schritt müssen nun die weiteren Planungsprämissen durch Beschlüsse festgelegt, die Planung hinsichtlich der Filsbrücke vertieft und die Vorbereitungen für die Erstellung des Bebauungsplanes und für die Erschließungsplanung getroffen werden. Für dieses Vorhaben stehen in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 jeweils 750.000 € Planungsmittel bereit, denen 450.000 bzw. 420.000 € Sanierungszuschüsse entgegenstehen.

Außerdem schaffen wir mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 die Grundlage für weitere wichtige Projekte in Plochingen:



Die Schafhausäckerhalle ist in die Jahre gekommen. Obwohl in den letzten Jahren immer wieder im Rahmen des Bauunterhalts investiert wurde, zuletzt in die Erneuerung der Wasserleitungen und Duschen, steht eine grundlegende Sanierung an. Hierzu müssen zunächst die Grundlagen geschaffen werden, weshalb wir im Planungszeitraum 200.000 € Planungsmittel vorgesehen haben.

Diese Übersicht zeigt, dass der Doppelhaushalt 2020/2021 ein hohes Investitionsvolumen anstößt, das breit gefächert ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass diese Projekte Plochingen weiterbringen und wir für die hohen Investitionen auch einen hohen Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger haben.

Da angesichts der aufgezeigten Entwicklungen das Risiko sinkender Einnahmen besteht, möchte die Stadtverwaltung den Haushaltsvollzug wieder in enger Abstimmung mit dem Gemeinderat steuern. Hierzu werden wir wieder quartalsweise Finanzzwischenberichte geben und im Herbst 2020 eine umfassende Diskussion über die Haushaltsentwicklung und die kommunalpolitischen Ziele für das Jahr 2021 ermöglichen.

Im Anschluss wird nun Herr Beigeordneter Hanus das vorliegende Zahlenwerk vertiefend erläutern.

